



PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Referendum sorgt für Nervosität



Keystone



Lukas Reimann (SVP) gibt die Unterschriften für das Referendum ab.

Zum freien Personenverkehr mit der EU gibt es wohl eine Volksabstimmung. Gestern wurden die Unterschriften für ein Referendum eingereicht. Noch ist nicht klar, ob sie alle gültig sind, doch bereits sorgen sie für Wirbel.

Es kommt nicht oft vor, dass gleich acht Parteipräsidenten einer Meinung sind – und dass sie dies auch gleich zusammen öffentlich kundtun. Gestern jedoch standen die Präsidenten von FDP, SP, CVP, EVP, BDP, Grünen, Grünliberalen und Liberalen zusammen. Die Botschaft ihrer gemeinsamen Medienmitteilung: Die Schweiz muss den freien Personenverkehr mit der EU weiterführen und ihn auch

Im Einsatz für die Personenfreizügigkeit (v. l.): Christian Levrat (SP-Präsident), Nicola Forster (Koordinator der Jungparteien), Walter Donzé (EVP-Nationalrat), Christophe Darbellay (CVP-Präsident), Martin Bäumle (Präsident Grünliberale), Ueli Leuenberger (Präsident Grüne) und Fulvio Pelli (FDP-Präsident).

auf die neuen EU-Länder Bulgarien und Rumänien ausdehnen.

«Fatale Limite»

Dieses Thema muss wohl an der Urne geklärt werden. Denn gestern haben die Junge SVP, die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi Unterschriften für ein Referendum eingereicht. Es war für sie ein Wettlauf gegen die Zeit geworden, noch gestern sammelten sie die letzten Unterschriften. Nach eigenen Angaben waren es schliesslich 51700. Bundespräsident Pascal Couchepin präzisierte diese Zahl gestern Abend vor den Medien: Es seien 51189 Unterschriften abgegeben worden, eine Anzahl nahe an der «fatalen Limite», so Couchepin. Erfahrungsgemäss seien bei solchen Sammlungen nämlich 1000 Unterschriften ungültig. Bis Sonntagabend werde man Genaueres wissen. Er gehe

aber davon aus, dass die nötigen 50000 Unterschriften beisammen seien und das Referendum somit zu Stande komme, sagte Couchepin. Die Abstimmung ist am 8. Februar 2009 geplant.

Bilaterale Verträge

Bis Ende Mai 2009 muss sich die Schweiz entscheiden, ob sie weiterhin EU-Bürgern eine Aufenthaltsbewilligung erteilt, wenn diese in der Schweiz einen Arbeitsvertrag haben. Dieses Abkommen über den freien Personenverkehr mit der EU wurde 2002 für sieben Jahren abgeschlossen und soll nun verlängert werden. Lehnt die Schweiz dies ab, treten auch die übrigen Abkommen der bilateralen Verträge I ausser Kraft.

Gleichzeitig muss die Schweiz entscheiden, ob sie dieses Freizügigkeitsabkommen schritt-

weise auch auf die neuen EU-Länder Bulgarien und Rumänien ausdehnen will.

Parlament stimmte zu

Das Parlament hat diese beiden Fragen, nämlich die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung, in eine einzige Frage gepackt und bereits zugestimmt. Man könne das Freizügigkeitsabkommen nicht nur mit der «alten» EU weiterführen und die neuen Länder ausklammern, lautete die Begründung. Vor allem von der SVP und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) war diese Verknüpfung kritisiert worden, das Referendum wollten sie aber nicht unterstützen. Die SVP wird an einer der nächsten Delegiertenversammlungen Stellung nehmen.

BRIGITTE WALSER



REFERENDEN GEGEN PERSONENVERKEHR

Bisher gescheitert

Es ist das dritte Mal, dass die Schweizer Demokraten (SD) das Referendum gegen den freien Personenverkehr ergreifen.

Im April 2005 waren 92 901 gültige Unterschriften zusammengekommen. Die SD hatten sie gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Staaten gesam-

melt. Unterstützt wurden sie damals von der SVP, der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), der Lega dei Ticinesi sowie der EDU. Auch ein ganz linkes Komitee unter Führung der Bewegung für den Sozialismus unterstützte das Referendum. Es blieb chancenlos: Am 25. September

2005 befürwortete das Volk mit 56 Prozent Ja-Stimmen die Ausdehnung des Personenverkehrs. Die Personenfreizügigkeit ist Teil der bilateralen Verträge I. Im Februar 2000 reichten unter anderen die SD und die Lega gegen diese Verträge 66 733 gültige Unterschriften ein. Damals wie heute harzte die Unter-

schriftensammlung. Die Unterstützung von Auns und SVP blieb aus. Am 21. Mai 2000 stimmte das Volk den bilateralen Verträgen mit 67 Prozent Ja-Stimmen zu.

bw



Berner Zeitung Gesamtausgabe

03.10.2008

Seite 3 / 3

Auflage/ Seite 162395 / 2

9056

Ausgaben 300 / J.

6684305

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
Berner Zeitung Stadt und Region	86'100
Berner Zeitung Emmental/Oberaargau	30'500
Solothurner Tagblatt	3'600
Thuner Tagblatt	23'500
Berner Oberländer	18'695